



Wir alle gegen rechten Terror.

Am 2.6.19 wurde Walter Lübcke, CDU-Mitglied und Regierungspräsident in Kassel, ermordet. Der inzwischen geständige Täter ist ein Neonazi:

Walter Lübcke setzte sich seit 2015 für die Rechte von Geflüchteten ein und erntete deshalb Hasskommentare und Morddrohungen von Neonazis und Rechtspopulisten.

Mit dem Aufkommen der PEGIDA-Bewegung und der AfD ist menschenverachtendes und rassistisches Gedankengut auch in der Mitte der Gesellschaft wieder offen sagbar geworden. Die AfD befeuert gezielt rechten Hass und rassistische Hetze und vergiftet das gesellschaftliche Klima.

Rechte Terroranschläge sind weder neu, noch kommen sie überraschend: Das Institut für Radikalisierungs- und Deradikalisierungsforschung hat seit 1971 allein 123 rechtsterroristische Ereignisse unter Einsatz von Sprengstoff, 2173 Brandanschläge, 229 Mordanschläge, 12 Entführungen, 56 Fälle von Erpressung, 174 bewaffnete Raubüberfälle mit „rechtsextremistischen Hintergrund“ gezählt. Dennoch tun sich Behörden, Öffentlichkeit und Medien weiterhin schwer von rechtem Terror zu sprechen und rechte Gewalt als ernsthafte Bedrohung und Gefahr für die Gesellschaft wahrzunehmen.

Und in Braunschweig? Hier bezeichnete ein Neonazi der „Kampf- und Sportgemeinschaft Adrenalin Braunschweig“ nach der Ermordung von Walter

Lübcke den Festgenommenen als „Bruder in Haft“ und ein anderer drohte dem Sprecher des Bündnis gegen Rechts mit den Worten „Heute Walter, Morgen Janzen!“.

Auch wenn Braunschweig insgesamt eine eher kleine, überschaubare rechte Szene hat, sind die Neonazis hier sehr aktiv und fallen durch besonders provokatives und aggressives Auftreten auf. Trotz dutzender Anzeigen und Ermittlungsverfahren wegen u.a. Volksverhetzung, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, Nötigung und Körperverletzung, trotz inzwischen auch bundesweiter Medienaufmerksamkeit auf die Gruppe, die z.B. auch an Ausschreitungen bei einer AfD-Demonstration in Chemnitz beteiligt war, können die Neonazis hier in Braunschweig nun schon seit mehreren Jahren offen ihre Drohungen verbreiten und immer wieder Menschen angreifen und verletzen.

Fakt ist: Bisher sind weder die Braunschweiger Polizei, noch Staatsanwaltschaft noch Gerichte in der Lage, die Serie rechter Schmierereien, die anhaltenden Bedrohungen und Gewalttaten dieser Neonazis in Braunschweig wirksam zu bekämpfen und zu beenden.

Gerade jetzt gilt es, sich nicht einschüchtern zu lassen und den Nazis und Rechtspopulisten weiter auf die Füße zu treten.

**Stoppt den rechten Terror!
Faschistische Gruppen und
Netzwerke auflösen!
Solidarität mit den Betroffenen von
rechten Drohungen & Gewalt!**

www.buendnigegenrechts.net

V.i.S.d.P.: Bündnis gegen Rechts, Leopoldstr. 9, 38100 Braunschweig

**Demonstration
des Bündnis gegen Rechts**

Freitag - 5. Juli

16:30 Uhr - Kohlmarkt

Braunschweig